



vertraulich

Fraktion Alternative für Deutschland
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Herrn Stadtrat
Jörg Urban

Landeshauptstadt Dresden
Beigeordneter für Stadtentwicklung,
Bau, Verkehr und Liegenschaften
GZ: (GB 6) 61

Datum: - 7. FEB. 2018

Gender-Check
mAF0294/17

Sehr geehrter Herr Urban,

Ihre oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 14. Dezember 2017 beantwortete ich wie folgt:

„Auch Bebauungspläne werden in der Landeshauptstadt Dresden einem sogenannten „Gender-Check“ unterzogen. Zumeist finden sich in den Bebauungsplänen entsprechende allgemeine Formulierungen, wie bspw. „Mit Beschluss des Stadtrates vom 25. November 2003 erging der politische Auftrag an die Stadtverwaltung die Strategie Gender Mainstreaming einzuführen. Am 5. April 2006 erfolgte die konstituierende Sitzung der AG Gender. Ziel ist, zukünftig im Vorfeld aller Entscheidungen in Politik und Verwaltung die individuellen Unterschiede und Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu berücksichtigen und bei Planungen, Vorhaben anzuwenden und nachhaltig zu verankern“ oder „Mainstreaming oder Geschlechtergerechtigkeit in der Stadtplanung bedeutet, das Augenmerk auf die Beziehungen zwischen Gleichberechtigung und der Entwicklung menschlicher Siedlungen zu richten. Ziel der Planung soll sein, für gleichwertige Lebensbedingungen von Frauen und Männern Sorge zu tragen.“

Bei wie vielen Bebauungsplänen hat der Gender-Check in den vergangenen zwei Jahren (2016/2017) zu Veränderungen der Pläne geführt? Welche Veränderung waren das und zu welchen zusätzlichen Kosten hat es geführt?

Wird die Landeshauptstadt Dresden zukünftig beim „Gender-Check“ nicht nur die individuellen Unterschiede und Lebenssituationen von Männern und Frauen berücksichtigen, sondern auch von weiteren Geschlechtern bzw. Trans-Menschen?“

Gleiche Chancen für alle zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie und Grundlage für die Herstellung von Chancengleichheit. Ziel des Gender-Mainstreaming ist es, im Vorfeld aller Entscheidungen in Politik und Verwaltung die individuellen Unterschiede und Lebenssituationen der Menschen aller Geschlechter (bereits angepasste aktuelle Formulierung in den aktuellen Vorlagen) unserer Stadt zu berücksichtigen und bei Planun-

gen, Vorhaben anzuwenden und nachhaltig zu verankern. Wir verstehen eine „gendergerechte“ Planung auch als Methodik der Planung, das heißt, Aufnahme, Kommunikation und Ventilierung aller Bedürfnislagen, geschlechterübergreifend.

Es wird daher bereits ab Aufstellung eines Bebauungsplanes auch dieser Aspekt in die Planungen mit einbezogen bzw. werden die Planungen über den gesamten Prozess auch vor diesem Hintergrund „reflektiert“. Da dieser Gesichtspunkt in der gesamten Planerstellung berücksichtigt wird, kommt es insoweit auch zu keinen Änderungen aus diesem Grund und damit auch zu keinen (zusätzlichen) Kosten.

Wie bereits dargestellt, werden in die Überlegungen gerade aufgrund der aktuellen Entwicklungen dabei auch nicht nur Mann und Frau, sondern alle Geschlechter einbezogen.

Nachfrage Herr Stadtrat Urban:

„Eine Nachfrage. Sowie ich Sie jetzt verstanden habe, ist sozusagen der Gender-Check Teil des gesamten Planungsprozess, findet ohnehin statt. Dann, wäre es nicht eine Idee, dann wenigstens diesen gedruckten Teil im Papier wenigstens weg zulassen, damit wir nicht so viel Tinte und Ressourcen verbrauchen?“

Es gibt Situationen, wo in einzelnen Vorlagen Unterschiede dargestellt werden. Wenn man also unterschiedliche Vorlagen betrachtet, werden spezifische Formulierungen zu finden sein. Ob das Ziel für 5 ml Tinte im Jahr über Bord geworfen werden soll, müsste der Stadtrat entscheiden.

Nachfrage Herr Stadtrat Urban:

„Denken Sie an die Menge der Unterlagen, die jeder Stadtrat bekommt. Hab ich Sie jetzt richtig verstanden, dass es doch spezifische Änderungen gegeben hat, die nachvollziehbar sind?“

In einzelnen Vorlagen wurden in der Tat andere Formulierungen gefunden, welche ohne die konkrete Reflektion bzw. das erneute Befassen mit diesen im Gender-Check gestellten Fragen ggf. sonst in dieser Form nicht gefunden worden wären.

Die abschließende kurze Auseinandersetzung unter diesem anschließenden Punkt, ermöglicht es, die gefunden Ergebnisse noch einmal prägnant zu begründen bzw. zu hinterfragen.

Wie dargestellt, erfolgt dies in kurzer, knapper Form, sodass sich der Papierverbrauch in einem überschaubaren Maße halten sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Raoul Schmidt-Lamontain

Kenntnisnahme:

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister